



per Mail an [info@dvs.gr.ch](mailto:info@dvs.gr.ch)

Departement für Volkswirtschaft und Soziales  
Herr Regierungsrat Marcus Caduff  
Ringstrasse 10  
7001 Chur

Sent, 25. November 2021

## **Vernehmlassung Totalrevision des Gesetzes über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden (KIBEG; BR 548.300)**

Sehr geehrte Herr Regierungsrat

Im Rahmen der oben rubrizierten Angelegenheit bedankt sich die SVP Graubünden für die Möglichkeit der Stellungnahme. Der ausgefüllte Fragekatalog zur Vernehmlassung liegt dieser Stellungnahme bei, wobei die folgenden Ausführungen zusätzlich zu berücksichtigen sind:

### **1 Allgemeine Anmerkungen**

Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung sind ein wichtiger Bestandteil der frühen Förderung und sorgen dafür, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gestärkt wird. Die SVP Graubünden anerkennt den Bedarf und die Wichtigkeit von Angeboten der familienergänzenden Kinderbetreuung. Gleichzeitig hält sie fest, dass die Fremdbetreuung von Kindern gegenüber der Eigenbetreuung durch die Erziehungsberechtigten bzw. Grosseltern oder Verwandten nicht bevorzugt respektive einseitig gefördert wird. Obschon es bei dieser Vorlage nicht um die steuerliche Entlastung von Familien geht, möchten wir anfügen, dass Erziehungsberechtigte, die ihre Kinder selbst betreuen, in geeigneter Weise und angemessen steuerlich entlastet werden.

Die positiven Effekte der familienergänzenden Kinderbetreuung auf die Entwicklung von Kindern sind unbestritten, dennoch darf die wissenschaftliche Evidenz nicht dahingehend verwendet werden, wonach Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung plötzlich obligatorisch

werden. Erziehung und Betreuung ist in erster Linie die Sache der Eltern oder Erziehungsberechtigten und daran soll auch in Zukunft festgehalten werden.

Die Revisionsvorlage setzt nach unserer Auffassung am richtigen Ort an: bei der Finanzierung. Das heutige System funktioniert nach dem Giesskannenprinzip und entfaltet seine Wirkung nicht dort, wo sie am dringendsten benötigt würde. Das Ziel muss sein, bezahlbare Angebote familienergänzender Kinderbetreuung zu schaffen, wovon insbesondere auch Erziehungsberechtigte mit kleinerem Einkommen und Vermögen profitieren können.

## **2 Anforderungen an familienergänzende Kinderbetreuung**

Die familienergänzende Kinderbetreuung – und damit die Totalrevision des Gesetzes über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden – muss aus Sicht der SVP Graubünden den folgenden Anforderungen gerecht werden:

1. Erziehung und Betreuung von Kindern ist und bleibt in erster Linie Sache der Erziehungsberechtigten und unterliegt deren Verantwortung. Die Erziehungsberechtigten entscheiden eigenständig, wie ihr Kind bzw. ihre Kinder ausserhalb obligatorischer Strukturen wie der Volksschule betreut werden. Angebote der familienergänzenden Kinderbetreuung sind freiwillig.
2. Die öffentliche Hand hat ein Interesse daran, die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit durch Förderung familienergänzender Kinderbetreuung zu stärken. Dennoch lässt sich kein rechtlicher Anspruch der Erziehungsberechtigten auf einen Platz innerhalb eines Angebots der familienergänzenden Kinderbetreuung sowie auf Vergünstigung der Kosten durch die öffentliche Hand ableiten.
3. Angeboten der familienergänzenden Kinderbetreuung ist grösstmögliche wirtschaftliche Freiheit zu gewähren, d. h. die Bewilligungsvorschriften beschränken sich auf wesentliche Schutzfaktoren und Qualitätsanforderungen. Unnötige Bürokratie ist zu vermeiden.
4. Das Angebot der familienergänzenden Kinderbetreuung richtet sich nach der Nachfrage. Die öffentliche Hand kann und soll periodisch überprüfen, ob das bestehende Angebot die Nachfrage deckt. In Regionen mit einem Nachfrageüberhang soll die öffentliche Hand darauf hinwirken, dass das Angebot mittels privater Initiative ausgeweitet wird.
5. Bei der Kostenvergünstigung sind sowohl das Einkommen als auch das Vermögen der Erziehungsberechtigten zu berücksichtigen. Eine angemessene Kostenbeteiligung durch die Erziehungsberechtigten wird vorausgesetzt.
6. Die Steuern – festgelegt durch die Angebote – orientieren sich an der erbrachten Leistung und nicht am Einkommen bzw. Vermögen der Erziehungsberechtigten.

### **3 Stellungnahme zu einzelnen Gesetzesartikel**

Zu den einzelnen Gesetzartikeln wird wie folgt Stellung genommen:

**Art. 1** wird grundsätzlich gutgeheissen

**Art. 2** Der Geltungsbereich nach den Absätzen 1 und 2 wird befürwortet. Die Formulierung in Absatz 3, wonach «in der Regel Vergünstigungen für Kinder im Vorschulalter» ausgerichtet werden, wird als eher ungünstig bewertet. Es wird darauf hingewiesen, dass diese Totalrevision die schulergänzende Kinderbetreuung nicht tangiert. Diese Formulierung von Absatz 3 suggeriert, dass schulpflichtige Kinder grundsätzlich nicht familienergänzend, sondern schulergänzend betreut werden sollten. Inwiefern dieser Absatz einen gesetzgeberischen Nutzen und eine praktische Bedeutung hat, wäre in der Botschaft zum besseren Verständnis genauer zu erläutern.

**Art. 3** Die Begriffsdefinition ist sinnvoll. In Anlehnung an das geltende Pflegekindergesetz erscheint es als sinnvoll, eine Definition der Begriffe «Tageseltern» (bis max. 3 Kinder) und «Tagesgrossfamilien» (mehr als 3 Kinder) zu ergänzen. Es ist davon auszugehen, dass unter Tageseltern nach Absatz 3 beide erwähnten Formen verstanden werden.

Bei Fehlen einer Definition stellt sich die Frage, ob Tageselternorganisationen, die nur «Tageseltern» mit bis zu max. 3 Kindern wirklich der Bewilligungspflicht nach Artikel 4 unterstehen. Gemäss Pflegekindergesetz (Art. 16 Abs. 2) ist diese Form der Vermittlung nicht bewilligungspflichtig.

**Art. 4** Was in Absatz 1 festgehalten wird, ist bereits im kantonalen Pflegekindergesetz verbindlich geregelt (zumindest die Bewilligungspflicht). Vor diesem Hintergrund erscheint es notwendig, dass die Botschaft hinsichtlich des Zusammenspiels der PAVO, des Pflegekindergesetzes und des Gesetzes über die Förderung der familienergänzenden Kinderbetreuung im Kanton Graubünden Erläuterungen enthält, welche auf allfällige Doppelspurigkeit bzw. Unterschiede eingehen.

Unklarheiten bestehen nämlich in Bezug auf die Anwendung des Artikels 4: Konkret stellt sich die Frage, ob Vermittler von ausschliesslich Tageseltern (max. 3 betreute Kinder) analog Pflegekindergesetz von der Bewilligungspflicht ausgenommen sind. Des Weiteren ist unklar, ob Tageseltern und Tagesgrossfamilien, die sich einer Tageselternorganisation nach diesem Gesetz anschliessen, weiterhin der separaten Melde- resp. Bewilligungspflicht unterstehen. Nach dem Pflegekindergesetz würde die Melde- resp. Bewilligungspflicht weiterhin gelten. Inwiefern das tatsächlich zutrifft und notwendig ist, kann hoffentlich im Rahmen der Botschaft geklärt werden.

Bezüglich der Anforderungen macht es Sinn, diese auf Verordnungsstufe weiter auszuführen. Insbesondere dem Schutz der Kinder ist dabei höchste Priorität beizumessen. Geht es um die Bewilligung von Angeboten, soll darauf geachtet werden, dass sich der bürokratische Aufwand in Grenzen hält. Neue Angebote aufgrund der wahrscheinlich weiter steigenden Nachfrage sollten nicht durch grosse Bürokratie bei der Bewilligung verhindert werden. Die Vorschriften und Vorgaben sind auf ein absolut notwendiges Minimum (insb. Bereich Kinderschutz, Qualität der Betreuung, minimale finanzielle und personelle Organisation) beschränkt werden.

- Art. 5** Die Aufsicht durch den Kanton ergibt sich aus der Bewilligungspflicht und ist bei diesem ebenfalls richtig angesiedelt. Bei der Unterbreitung des Jahresberichts inkl. Jahresrechnung ist darauf zu achten, dass keine unnötige Bürokratie betrieben wird. Der Aufwand für die Leistungserbringenden sollte möglichst gering sein.
- Art. 6** Die Anerkennung als Voraussetzung für die Vergünstigung ist nachvollziehbar. Inwiefern Absatz 2 Litera d im neuen Finanzierungssystem noch Relevanz hat, ist nicht abschliessend geklärt. Im Grundsatz wird befürwortet, dass sich das Angebot der Nachfrage anpasst, d. h. die öffentliche Hand unternimmt nur eine periodische Prüfung, ob Angebot und Nachfrage im Einklang sind. **Es wird vorgeschlagen, Litera d zu streichen.**
- Art. 7** Die Anforderungen an die Betriebs- und Rechnungsführung sind – wenn überhaupt – auf ein absolutes Minimum zu beschränken. Es handelt sich um Unternehmen, die das Rechnungslegungsrecht nach Obligationenrecht zu beachten haben.
- Art. 9** Eine Abkehr von einkommensabhängigen Tarifabstufungen ist zu begrüssen und stellt sicher, dass die Taxen kostendeckend sind und ein Wettbewerb unter den Leistungserbringenden stattfinden kann.
- Art. 10** Die einkommensabhängige Vergünstigung durch die öffentliche Hand ist sinnvoll und kommt insbesondere geringverdienenden Erziehungsberechtigten zugute. Dass sich die Anzahl vergünstigter Betreuungstage an der Erwerbstätigkeit orientiert, entspricht dem eigentlichen Zweck des vorliegenden Gesetzes und ist daher zu befürworten. Es kann in Einzelfällen auch sinnvoll sein, die Ausbildungssituation zu berücksichtigen. Eine zu offene Formulierung weiterer Gründe ist nicht zielführend, da das Potenzial der Ausuferung zu gross ist. Vergünstigungen sollen in erster Linie denjenigen zukommen, welche die Zeit für eine Erwerbstätigkeit nutzen (oder auch für eine Ausbildung). Keinesfalls sind Vergünstigungen zu gewähren, wenn die Erziehungsberechtigten lediglich ihren Hobbys nachgehen.

- Art. 14** Die Kostenübernahme der Mehrkosten für Kinder mit Behinderung durch den Kanton kann gutgeheissen werden. Solange der Vollzug der Vergünstigungen durch die Gemeinden erfolgt, sollten diese Mehrkosten nicht über die Gemeinden abgewickelt werden.
- Art. 16** In Anlehnung an die Ausführungen zu Artikel 6 ist dieser Artikel entweder zu streichen oder dahingehend anzupassen, dass die Bedarfsanalyse und Angebotsplanung keine Auswirkung auf die Vergünstigung haben. Um dennoch im ganzen Kanton und insbesondere in Randregionen Angebote zu haben, die der Nachfrage entsprechen, braucht es eine periodische Überprüfung durch die öffentliche Hand (Bedarfsanalyse und Angebotsplanung). Doch die Umsetzung von Angeboten obliegt nicht der öffentlichen Hand, stattdessen soll diese lediglich darauf hinwirken, dass in Regionen mit einem Nachfrageüberhang zusätzliche Angebote auf privater Initiative umgesetzt werden.
- Art. 20** Der Aufwand für die Gemeinden ist in jedem Fall gering zu halten, d. h. die Erziehungsberechtigten haben der Wohnsitzgemeinde (unaufgefordert) alle nötigen Unterlagen einzureichen, was als Voraussetzung für eine Kostengutsprache zu verstehen ist. Die Auszahlung soll nicht nur «in der Regel», sondern ausschliesslich an die Erziehungsberechtigten erfolgen. Die Bevorschussung an die Leistungserbringenden bzw. Erziehungsberechtigten ist ebenso nicht Aufgabe der Gemeinden wie das Inkasso für die Leistungserbringenden.

Wir danken Ihnen für die Berücksichtigung unserer Anliegen und Ausführungen.

Freundliche Grüsse

Roman Hug  
Parteipräsident



Reto Rauch  
Sekretär



Fragekatalog Vernehmlassung